

Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP

Transatlantische Handels- und Investmentpartnerschaft
Ein Freihandelsabkommen zwischen EU und USA



Freiheit des Handels für transnationale Konzerne und Ende demokratischer Handlungsfreiheit?

Was ist ein Freihandelsabkommen ?

Freihandelsabkommen sind bi- oder multilaterale Abkommen zwischen Staaten und haben zum Ziel, möglichst alle Hindernisse die einem ungehinderten Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Investitionen entgegenstehen, zu beseitigen.

Diese Hindernisse sind im Wesentlichen unter den Begriffen **tarifäre** und **nichttarifäre** Handelshindernisse zusammengefasst.

Freihandelsabkommen sollen den Vertragspartnern im globalen Wettbewerb Kostenvorteile bei der Güterverteilung verschaffen und eine Steigerung des Außenhandelsvolumens erreichen.

Befürworter von Freihandelsabkommen behaupten, dass für alle beteiligten Partner solcher Abkommen im Ergebnis ein Zugewinn an öffentlicher Wohlfahrt entstände.

Tarifäre Handelshemmnisse

- Zölle
- Importquoten
- Mindestpreise
- Exportsubventionen
- Verbrauchssteuern

Diese Mittel werden als protektionistische Maßnahmen und Beschränkung des Außenhandels verstanden.

Nichttarifäre Handelshemmnisse

- Exportquoten
- Freiwillige Exportbeschränkungen
- Sozialstandards
- Umweltstandards
- Technische Standards
- Vorschriften zum Verbraucherschutz
- Vergabemodalitäten bei öffentlichen Aufträgen
- Dienstleistungsrichtlinien

Und andere mehr

Das CETA Abkommen, Blaupause für TTIP

CETA, Canada-EU Comprehensive Economic and Trade Agreement, geplantes und wie TTIP unter Ausschluss der Öffentlichkeit seit 2009 und inzwischen fertig verhandeltes, kanadisch-europäisches Freihandelsabkommen. Von CETA würden auch viele US-Firmen profitieren, die in Kanada eine Niederlassung haben. CETA gilt als Blaupause für TTIP.

Zu diesem Abkommen sagte der kanadische Jurist Howard Mann, erfahrener Experte für Investorenschutzabkommen, vor dem kanadischen Parlament: „**Dieses Abkommen (CETA) ist der investorenfreundlichste Vertrag, den jemals eine kanadische Regierung ausgehandelt hat**“.

Beispiel hierzu: Mit den im CETA Text extrem auslegungsfähigen Begriffen der „**legitimen Erwartungen**“ und der „**gerechten und billigen**“ Behandlung von Investoren, haben diese mächtige Instrumente, um gegen staatliche Regulierungen und Maßnahmen bis hinunter zur kommunalen Ebene vorzugehen.

Auch TTIP will mehr als die Abschaffung tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse

Mit CETA als Blaupause ist TTIP der Versuch, der Finanzindustrie und transnationalen Unternehmen größtmöglichen Einfluss auf demokratische Entscheidungsprozesse zu eröffnen

Das Instrument hierzu: **Regulatorische Kooperation**

Nach dem Vorbild von CETA soll TTIP Investoren exklusiven Schutz für ihr wirtschaftliches Handeln einräumen.

Das Instrument hierzu: **Investor-Staatsklage (ISDS, engl. *Investor-state dispute settlement*)** vor übernationalen, privaten Schiedsstellen.

Wer verhandelt das TTIP-Abkommens

Die Verhandlungen über TTIP haben im Juli 2013 unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Washington begonnen.

Für die EU die Handelskommissarin Cecilia Malmström in Ausübung eines Verhandlungsmandats, das der Handelskommission vom Europäischen Rat auf Grund des Lissabon-Vertrages von 2007 erteilt wurde.

Verhandlungsführer für die USA ist der Jurist Michael B. Froman. Seit Mai 2013 ist Froman Handelsminister ("United States Trade Representative") der USA und in dieser Funktion Verhandlungsführer für die amerikanische Regierung beim geplanten Freihandelsabkommen TTIP.



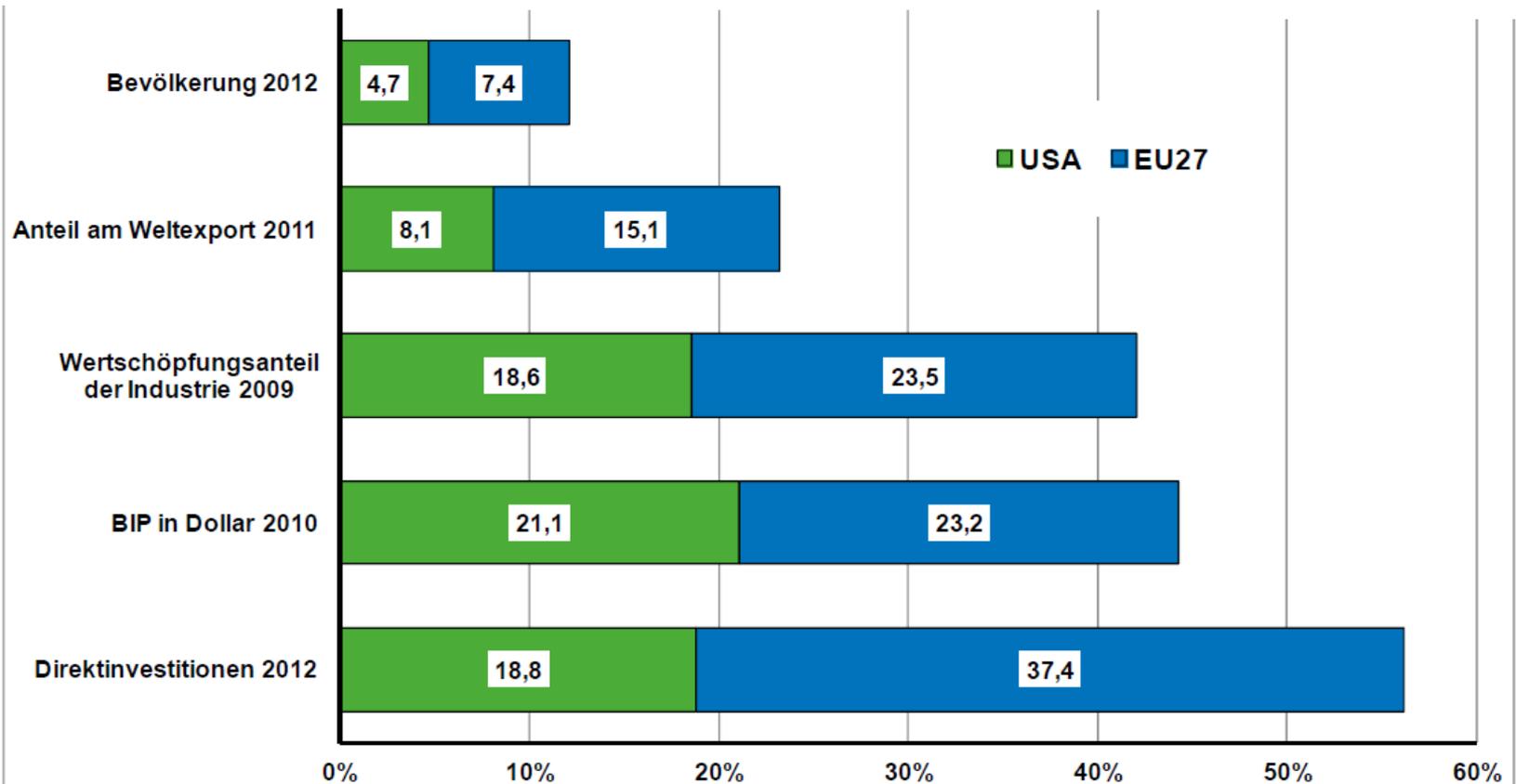
Mit am Verhandlungstisch sitzen die Vertreter der Industrie und Wirtschaft beider Seiten. Beobachter gehen von etwa 600 beteiligten Personen aus diesem Sektor aus

Wer stimmt am Ende über TTIP (bzw. CETA) ab?

- Liegt nach Abschluss der Verhandlungen der Vertragstext vor, kann über TTIP abgestimmt werden. In Europa entscheiden der Europäische Rat und das Europaparlament.
- Ob auch die jeweiligen Länderparlamente abstimmen können, ist gegenwärtig noch strittig. Darüber wird voraussichtlich der EuGH entscheiden.
- Ist festgestellt, dass es sich bei TTIP um ein sog. Gemischtes Abkommen handelt, das bedeutet, das Abkommen enthält auch Regelungen, die in der Zuständigkeit der Länder liegen, müssen auch die jeweiligen nationalen Parlamente abstimmen.
- Sie können jedoch nur über die Bestandteile von TTIP abstimmen, die ihre Zuständigkeiten betreffen. Über TTIP als Ganzes können sie nicht abstimmen.

Das globale Gewicht von EU und USA als TTIP-Partner

EU und USA - globale Schwergewichte Anteile am Weltniveau in Prozent



Quelle: OECD, Weltbank, UNCTAD, Eurostat, WTO, IG Metall

Versprechen der Befürworter

- Europaweit zwischen **400.000 und 1,3 Millionen** neue Arbeitsplätze
- Deutschlandweit **200.000** neue Arbeitsplätze
- Jährliches zusätzliches EU-Wirtschaftswachstum von 119 Milliarden Euro
Das wäre eine jährlich Steigerung des EU-BIP von **0,9%**
- EU-Handelskommissar Karel De Gucht: „Das wären **545 EURO** Zusatzeinkommen für jede europäische Familie“.
- Steigerung der Exporte: EU **6%**, USA **8%**
- **Alle diese Zahlen sind lediglich die lineare Fortschreibung der gegenwärtigen Verhältnisse für einen Zeitraum von 15 Jahren.**

Wie glaubwürdig sind diese Versprechen ?

Nach öffentlicher Kritik wegen falscher Auslegung ökonomischer Modellrechnungen wirbt die EU-Handelskommission nicht mehr mit den Prognosen vom jährlichen Zusatzeinkommen über 545 EURO für jede europäische Familie und dem jährlichen zusätzlichen EU-Wirtschaftswachstum von 119 Milliarden Euro.

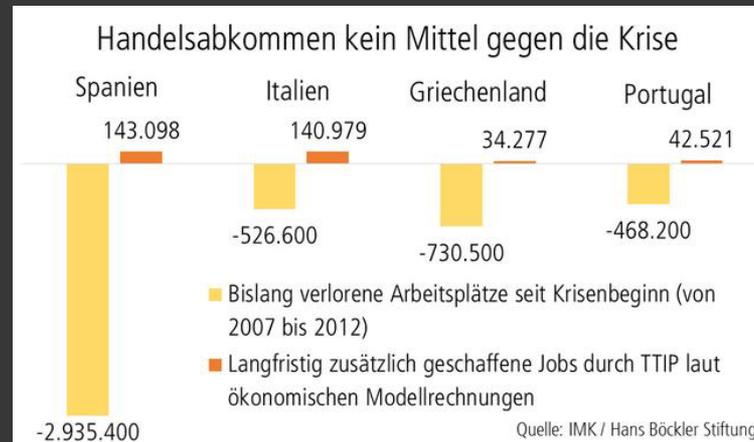
Aus dem gleichen Grund mussten der Bundesverband der Deutschen Industrie BDI und der Verband der Deutschen Automobilindustrien VDA die Behauptung vom jährlichen Wirtschaftswachstum von 119 Milliarden EURO zurückziehen, da die entsprechende Studie diese Zahl für einen 10-Jahreszeitraum erwartet.

Die Ergebnisse wissenschaftlicher Studien über die zu erwartenden wirtschaftlichen Ergebnisse im Vergleich zu den Versprechen

- Center for Economic Policy Research, London: **0,034%** Anwachsen des EU-PIB EU-BIP pro Jahr für die nächsten 15 Jahre
- Studie der Bertelsmann-Stiftung zum Zuwachs an Arbeitsplätzen: für Deutschland geschätzt **12.935** pro Jahr.

Alle seriösen Studien kommen zu dem Ergebnis, dass ein ökonomischer Zugewinn durch TTIP zwar zu erwarten ist, dieser aber sehr klein sein wird.

Eine Studie des Ökonomen J.Copaldo von der Tufts University in den USA kommt noch zu einem ganz anderen Ergebnis und prognostiziert für die nordeuropäischen EU-Länder u.a. den Verlust von insgesamt 600.000 Arbeitsplätzen.



Innerhalb der EU waren im Januar 2014 über 26 Millionen Menschen arbeitslos

Stimmen der Kritiker von TTIP

„Das TTIP-Abkommen ist ein Staatsstreich globaler Konzerne und eine Handels-NATO und ein großer Schritt zur Herrschaft der Wirtschaft über die demokratisch legitimierte Politik“.



Durch den Rat zur regulatorischen Kooperation soll die Wirtschaft künftig an allen sie berührenden gesetzlichen Regulierungen schon in der vorparlamentarischen Phase beteiligt werden. Dadurch soll TTIP zu einem „lebenden Abkommen“ (Living agreement) werden. Hierdurch wird staatliche Souveränität und Handlungsfreiheit ausgehöhlt und setzen sich die Interessen der Wirtschaft gegen demokratische Willensbildung durch.

Die Gefahren von TTIP

- TTIP kann durch Aufweichung des Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit die Gesundheit der Bevölkerung gefährden.
- TTIP kann die Einfuhr ungekennzeichneter, gentechnisch veränderter Lebensmittel ermöglichen.
- TTIP kann durch Privilegierung der transnationalen Agrarkonzerne zur Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft führen.
- TTIP kann zur Absenkung der sozialen und arbeitsrechtlichen Standards führen.
- TTIP kann Kultur, Bildung und Wissenschaft durch rigorose Urheberrechtsbestimmungen privaten Geschäfts- und Gewinninteressen ausliefern.
- TTIP stellt die im Abkommen vorgesehene Schiedsgerichtsbarkeit über die staatliche Gerichtsbarkeit und höhlt damit den demokratischen Rechtsstaat aus.

Einige von vielen Fragen an die verantwortlichen Politiker

- Was sind noch kommunale Raumordnungs-und Flächennutzungspläne wert, wenn diese mit Berufung auf nichttarifäre Handelshemmnisse außer Kraft gesetzt werden können, um z.B. Fracking zu ermöglichen?
- Was ist das mühsam erkämpfte und immer noch unvollkommene Verbandklagerecht im Umwelt und Naturschutz noch wert, wenn Regelungen in diesen Bereichen als nichttarifäre Handelshemmnisse angegriffen werden können, weil ein Unternehmen z.B. Flächen in Naturräumen beansprucht ?
- Was ist ein gesetzlicher Mindestlohn noch wert, wenn Unternehmen sich wegen dadurch geschmälerter Gewinnerwartungen auf den Investorenschutz des TTIP berufen und dagegen klagen ?
- Wie wird sich die bäuerliche Landwirtschaft und werden sich damit ganze Kulturräume verändern, wenn mit Rückendeckung des TTIP-Abkommens die internationalen Agrarkonzerne weitgehend ungehinderten Zugang zum europäischen Markt erhalten?
- Was ist Verbraucherschutz noch wert, wenn in einem liberalisierten Markt ungekennzeichnete, gentechnisch veränderte, hormonbelastete oder anderweitig fragwürdige Lebensmittel gehandelt werden dürfen?

Warum keine Positivliste?

Alle vorgebrachten Befürchtungen werden von der EU-Handelskommission und den TTIP-Befürwortern als unbegründet zurückgewiesen oder als öffentliche Hysterie diskreditiert. Denn Bereiche wie öffentliche Dienstleistungen, Arbeitnehmerrechte, Gesundheitswesen seien nicht Verhandlungsgegenstand.

Wenn das so ist, warum weigern sich EU-Handelskommission und selbst die Bundesregierung, durch eine sogenannte Positivliste, in denen die genannten Bereiche von den TTIP-Verhandlungen ausdrücklich und präzise definiert aufgeführt sind, erklärtermaßen von den Verhandlungen auszunehmen?

Beispiele von Klagen Investor gegen Staat, mit Berufung auf Freihandelsabkommen

So verklagte die US-Firma Lone Pine im Rahmen des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA den kanadischen Staat auf eine Entschädigungszahlung in Höhe von 250 Millionen Dollar. Grund ist das in der Provinz Quebec verhängte Moratorium für das so genannte **Fracking** von Schiefergas und Öl.

Mexiko: Mit Bezug auf NAFTA musste der mexikanische Staat dem US-Unternehmen Metalclad 16,6 Millionen US-Dollar Schadensersatz leisten, weil dem Unternehmen die Genehmigung für eine Sondermülldeponie in der Gemeinde Guadalcazar /San Luis Potosi aus Wasserschutzgründen versagt wurde. Das ICSID-Tribunal wertete dies als „**indirekte Enteignung**.“

Auch im Rahmen anderer Freihandelsabkommen sind derartige Klagen Wirklichkeit. So verlangt der französische Konzern Veolia von der ägyptischen Regierung eine Ausgleichszahlung von 82 Millionen US-Dollar mit der Begründung, dass ihm durch die Einführung eines Mindestlohnes für die Müllwerker der Stadt Alexandria, entsprechende Gewinneinbußen entstanden seien.

Der ökonomische Nutzen von TTIP wird nach allen seriösen Prognosen gering sein. Was ist dann das wirkliche Ziel von TTIP ?



Die Chefunterhändler: Froman USA – De Gucht EU, jetzt C.Malmström

Hierzu die Aussage des seitherigen EU-Handelskommissars Karel de Gucht vor Mitgliedern der Atlantikbrücke und United Europe im Februar 2014 in Düsseldorf :

„Bei diesen Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten geht es darum, wer in der Welt für die nächste Generation die Führung übernimmt. Das ist es, worum es in Wahrheit geht: die politische und wirtschaftliche Führung, und die Führung in Bezug auf das Gesellschaftsmodell für die nächste Generation“.

Das TTIP-Abkommen ist also auch ein geo-strategisches Projekt im Kampf um die globale Vormacht

So zitierte die Süddeutsche Zeitung am 11. Dezember den US-Politologen Daniel Hamilton, ehemaliger Mitarbeiter des US-Außenministeriums und heute internationaler Politik-und Wirtschaftsberater :

„TTIP ist notwendig, weil Europa seine Standards nur mit den USA verteidigen kann und das Freihandelsabkommen das Machtstreben Russlands begrenzt“.



Der öffentliche Widerstand gegen TTIP und CETA

EU-Kommission stoppt Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA

Mit einer Europäischen Bürgerinitiative, getragen von 300 europäischen Organisationen, fordern Gegner, dass die EU die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) stoppt und einen ähnlichen Vertrag mit Kanada (CETA) nicht beschließt.

Die EU-Kommission hat die offizielle Anerkennung der **Europäischen Bürgerinitiative (EBI)** gegen TTIP und CETA abgelehnt.

Die EU-Kommission begründet die Ablehnung damit, dass die Verhandlungsmandate zu TTIP und CETA keine Rechtsakte seien, sondern interne Vorbereitungsakte. Diese könne die Bürgerinitiative nicht anfechten. Die Kommission bezieht sich dabei auf Artikel 11 des EU-Vertrages.

Die Initiatoren der EBI haben vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Ablehnung der EBI Klage erhoben und inzwischen auf inoffizieller Ebene eine Aktion zur Sammlung von 1 Million Unterschriften gegen CETA und TTIP gestartet. Diese Aktion wird bis Oktober 2015 fortgesetzt.

Gegen Ende Juli 2015 ist die Zahl von 2,335 Millionen Unterschriften erreicht.



Parallel zu den TTIP-Verhandlungen, eine weitere *Attacke* auf das Gemeinwohl und öffentliches Eigentum

TISA, Trade In Services Agreement

Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen

Ziel des Abkommens: Beseitigung von Handelshemmnissen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, am Ende auch in den Bereichen Wasser, Energie, Verkehr, Gesundheit, Bildung usw.

Im Klartext: Unumkehrbare Privatisierung dieser Sektoren

Beteiligt: USA, EU und 21 kleinere Staaten, die insgesamt 75% des Welthandels auf sich vereinen. Außen vor bleiben die BRICS-Staaten

Die Gruppe der 23 beteiligten Staaten nennt sich „Really Good Friends of Services“ (Die wirklichen, guten Freunde der Dienstleistungen)

Beginn der außerhalb der WTO geheim stattfindenden Verhandlungen, war bereits das Jahr 2011

Am 08. Juli hat das EU-Parlament seine Position zum TTIP-Abkommen beschlossen

Die Resolution des EU-Parlaments spiegelt in ihren Empfehlungen an die verhandelnde EU-Handelskommission in vielen Punkten die Befürchtungen und die Kritik der europäischen Bürger an TTIP wider und bestätigt, dass sie mit ihren Vorbehalten recht haben.

Insbesondere bestätigt die EntschlieÙung des EU-Parlaments den riesigen Mangel an Transparenz über die laufenden Verhandlungen. In der Resolution wird u.a. festgestellt, dass bis zum heutigen Tag selbst Europaabgeordnete viele wichtige Verhandlungsdokumente nicht einmal einsehen können.

Das Positionspapier räumt auch ein, dass sich die tatsächlichen Folgen von TTIP für die Volkswirtschaften der EU und der USA schwer einschätzen und prognostizieren lassen.

Einige der wichtigsten Empfehlungen des EU-Parlaments an die EU-Handelskommission

- Die Ausklammerung derzeitiger und zukünftiger Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Wasserversorgung, Gesundheits- und Sozialdienstleistungen, Sozialversicherungen und Bildung) aus dem Abkommen.
- Keine Beeinträchtigung des Rechtes der EU-Mitgliedsstaaten, Kulturwirtschaft und Dienstleistungen im Bereich Kultur, Bildung, audiovisuelle Medien und Pressedienste finanzielle Unterstützung zu leisten.
- Umsetzung und Durchsetzung der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.
- Recht der Vertragspartner, selbst über die Exploration, Förderung und Gewinnung von Energiequellen zu entscheiden (z.B. Fracking).
- Kein Verhandlungen über die Fragen gentechnisch veränderter Organismen (GVO), Hormon in der Rinderzucht, Klonen von Tieren für landwirtschaftliche Zwecke, weil die Regelungen in der EU und den USA zu unterschiedlich sind.

Aber:

Das Positionspapier des EU-Parlaments räumt Investoren weiterhin bei Streitigkeiten Investor – Staat der Wirtschaft eine eigene, privilegierte Sonderjustiz ein.

Statt der herkömmlichen ISDS-Verfahren soll jedoch ein neues Verfahren eingesetzt werden, das demokratischen Grundsätzen genügen und demokratischer Kontrolle unterliegen soll und eine Berufungsinstanz vorsieht.

Damit zusammenhängend fordert das Positionspapier eine juristisch präzise Definition der Begriffe „Investor“ - „Investition“ - „indirekte Enteignung“.

Das Positionspapier des EU-Parlaments wurde mit 436 zu 241 Stimmen angenommen.

Wie haben die deutschen Parteien im Europaparlament zum transatlantischen Handelsabkommen (TTIP) abgestimmt?

	DIE LINKE.	
0 	0 	23 
0 	0 	0 
10 	8 	3 
		
32 	3 	5 
0 	0 	0 
0 	0 	2 

Die Empfehlungen und Forderungen des Positionspapiers des EU-Parlaments sind für die verhandelnde EU-Kommission nicht verbindlich!

Wirtschaft

Angst vor TTIP

Von Martin Greive, Redakteur Innenpolitik

16.02.15

Die Deutschen sind ein Fall für den Psychoanalytiker

Dass ausgerechnet die exportfreudigen Deutschen zu den größten Gegnern des Handelsabkommens zwischen EU und USA wurden, hat kaum sachliche Gründe. Es liegt an einer kollektiven, sehr deutschen Angst.



Eine andere Schlussfolgerung:

„Die Ökonomie (Wirtschaft) holt sich gegenwärtig unter dem Beifall der Experten zurück, was die Politik ihr in zwei Jahrhunderten abgerungen hat“.

So 1989 der Freiburger Politologe Prof. Wilhelm Hennis bei der Betrachtung unserer Wirtschaftsordnung und der mit ihr verbundenen gesellschaftlichen Entwicklung.

Notwendig ist eine Alternative zu TTIP,

denn TTIP ist Bestandteil einer globalen Handelspolitik, die sich auf fortwährendes Wachstum, einen gnadenlosen Wettbewerb und die Benachteiligung und Ausbeutung der Länder der Dritten Welt gründet.

Die Folgen sind steigender Verbrauch der begrenzten Ressourcen des Planeten, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen.

Das ist nicht zukunftsfähig!

Statt TTIP benötigt die EU eine neue Perspektive für ihre Handelspolitik

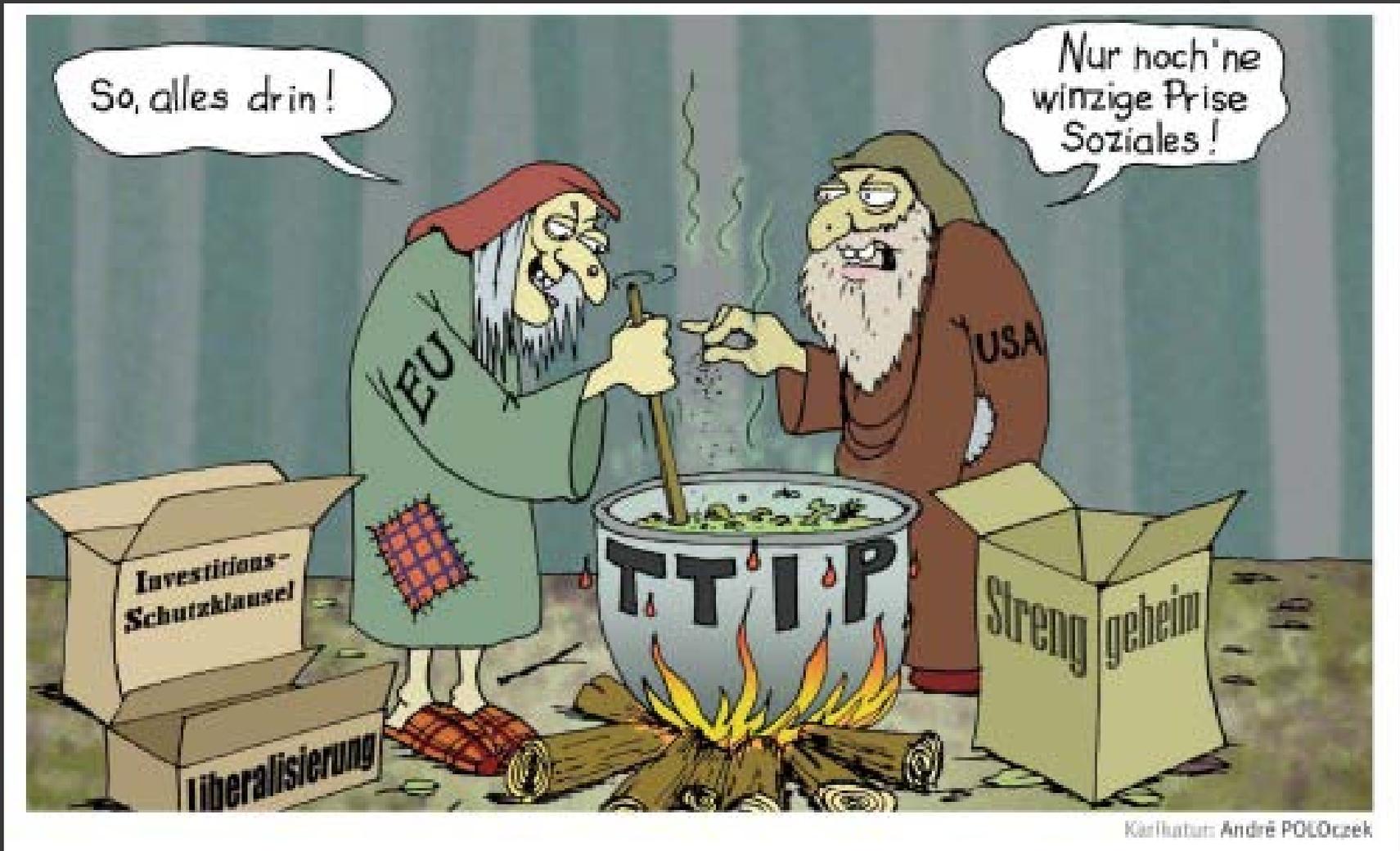
Diese wurde in einem europaweiten vierjährigen, offenen Prozess unter Beteiligung eines breiten Spektrums zivilgesellschaftlicher Gruppen aus der EU und aus Ländern des Südens als Gegenentwurf zu den neoliberal geprägten Freihandelsabkommen und den geltenden WTO-Regeln unter dem Begriff **Alternatives Handelsmandat** entwickelt.

Das Grundprinzip dieses umfassenden Konzepts lautet:

Mensch und Umwelt müssen Vorrang vor den Interessen der Wirtschaft haben !

Das Alternative Handelsmandat fordert u.a.:

- Dass Menschenrechte, Rechte von Frauen, Rechte indigener Völker, Arbeits- und Umweltschutzrechte über privaten Interessen stehen müssen.
- Dass europäische Regierungen und Parlamente Unternehmen aus der EU für die sozialen und ökologischen Folgen ihrer Operationen in Europa und der übrigen Welt in Haftung nehmen können.
- Eine gerechte Verteilung der Erträge der globalen Wertschöpfungskette, damit für Produzenten und Arbeitnehmer stabile und würdige Einkommen und für den Konsumenten, insbesondere bei Nahrungsmitteln und Medikamenten, erschwingliche Preise gewährleistet sind.
- Den Austausch von Wissen und freien Zugang hierzu, Förderung des Austauschs von Saatgut und offene Lizenzsysteme im Bereich von Medikamenten.
- Den Ausschluss öffentlicher Güter wie Wasser, Gesundheit, Bildung oder Finanzdienste in Handelsabkommen der EU.
- Das Recht der Regierungen und Parlamente, zum Schutze des Gemeinwohls die Finanzmärkte und Finanzdienstleistungen zu regulieren und zu kontrollieren.



Vielen Dank für Ihr Interesse, verbunden mit der Bitte, die Informationen weiterzutragen.